

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Armut reduzieren, soziale Teilhabe fördern I: Neue Landeskommission zur Prävention von Altersarmut und Landesstrategie für Teilhabe im Alter

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, neben der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut eine neue Landeskommission zur Prävention von Altersarmut zu berufen. Aufgabe der Landeskommission zur Prävention von Altersarmut ist die Erarbeitung und Begleitung einer Landesstrategie gegen Altersarmut. Ihr Tätigkeitsbereich und Aufbau sollen sich an der bestehenden Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut orientieren.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 30. April 2026 zu berichten.

Begründung

Berlinweit steigt die Anzahl armutsbetroffener Menschen stetig an. Mittlerweile ist beinahe jede*r fünfte Berliner*in armutsbetroffen. Besonders unter Senior*innen steigt die Armut an und lag schon im Jahr 2023 bei fast 20 Prozent. Durch die gestiegenen Lebenshaltungskosten und hohen Mieten nimmt das Risiko der Altersarmut weiter zu und trifft besonders alleinstehende ältere Menschen.

Da in dieser Altersgruppe aufgrund der großen Scham der Betroffenen ergänzende Sozialleistungen und sonstige Hilfen kaum in Anspruch genommen werden, bilden die steigenden Zahlen von Anträgen auf Grundsicherung im Alter nur einen Teil der Armutsbetroffenheit von Senior*innen ab.

Die Folgen von Armut im Alter sind dramatisch: Betroffene erleben eine massive Einschränkung ihrer sozialen Teilhabe, fühlen sich in ihrer Berufsbiographie gesellschaftlich entwertet, vereinsamen und erfahren vielfältige gesundheitliche Einschränkungen. Besonders Frauen* und migrantisierte Menschen der Generation der sogenannten Gastarbeiter*innen und Vertragsarbeiter*innen, und zunehmend auch ihre Kinder, sind hiervon betroffen.

Berlin kann als Bundesland nur eingeschränkt Einfluss auf die Ursachen der Altersarmut und ihrer spezifischen Entstehung nehmen, jedoch die Folgen für Betroffene vor Ort abfedern und ihre Teilhabemöglichkeiten stärken.

Die seit 2017 tätige Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hat seit 2021 eine Landesstrategie zur Prävention von Kinder- und Familienarmut und zeigt konkret auf, wie die Teilhabe armutsbetroffener Gruppen in Berlin gestärkt, die Armutssensibilität bei den zuständigen Stellen erhöht und Teilhabeangebote in den Bezirken gestärkt werden können.

Dieser Ansatz soll durch den Senat auf armutsbetroffene Senior*innen „spiegelbildlich“ übertragen werden. Zwar existieren in den Leitlinien zur Senior*innenpolitik einzelne Maßnahmen zum Thema Altersarmut, aber keine strategischen Antworten auf die Herausforderung Armut im Alter.

Die Aufgabe der Landeskommission zur Prävention von Altersarmut soll die Erstellung und Umsetzung einer Landesstrategie zur Prävention von Altersarmut sein. In deren Rahmen sollen konkrete Ziele zur Stärkung der Teilhabe von Armut betroffener Senior*innen zwischen Senat, Bezirken, freien Trägern, Senior*innenorganisationen, Wissenschaft und Praktiker*innen sowie Senior*innen formuliert, Umsetzungskriterien entwickelt und spezifische Angebote für Betroffene in den Bezirken vor Ort sozialräumlich koordiniert und finanziell unterstützt werden.

Für ein gutes Gelingen im Sinne der Armutsbekämpfung braucht es die Intensivierung der Zusammenarbeit der verschiedenen fachlich zuständigen Senatsverwaltungen und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Insbesondere sollen die Selbstvertretungen der sogenannten Gastarbeiter*innen und Vertragsarbeiter*innen einbezogen werden.

Berlin, den 17. Oktober 2025

Jarasch Graf Kurt Wahlen
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen